

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 5/ 2017

01. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) im Monat Mai statt. Wir berichten heute in diesem Newsletter, welche Themen in der SVV diskutiert wurden und blicken auf die Kommunalpolitik der letzten Tage und Wochen zurück. Seit über 6 Jahren erscheint der Newsletter der SPD-Fraktion und informiert über tagesaktuelle Themen.

Ich lade Sie/ Euch dazu ein, sich einzubringen, mitzudiskutieren und die Kommunalpolitik in Brandenburg an der Havel kritisch und interessiert zu begleiten.

Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen/ Euch gerne unter fraktion@spd-stadt-brandenburg.de zur Verfügung.

Ihre/ Eure
Britta Kornmesser



Britta Kornmesser

Der 1. Juni - Ein ganz besonderer Tag!



Heute ist internationaler Kindertag!

Viele Kinder werden in der Kita oder in der Schule diesen Tag mit fröhlichen Spielen verbringen, bekommen von den Eltern oder Großeltern kleine Geschenke und Naschereien.

Der Tag sollte jedoch auch auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder aufmerksam machen. Denn auch in Deutschland wachsen immer mehr Kinder in prekären Verhältnissen auf. Insgesamt sind deutschlandweit rund zwei Millionen Jungen und Mädchen betroffen - für die zum Beispiel Kinobesuch und Urlaub Fremdworte sind. Gerade deshalb sind schöne Erlebnisse auf Festen in der Kita, Schule oder im Sportverein für die Kinder so wichtig. Ich wünsche allen Kindern einen wunderschönen Tag mit unvergesslichen Momenten, die ein Lächeln ins Gesicht zaubern!

Michael Raith

Brandenburg braucht weitere Betreuungsplätze



Um den Beschluss des Kita-Bedarfsplans ergab sich am gestrigen Abend eine sehr intensive Debatte. Die Beschlussfassung selbst war zwar nur eine Formsache, nachdem bereits alle beteiligten Fachausschüsse die Vorlage einstimmig beschlossen hatten, aber in Detailfragen und bei einem allgemeinen Problem ergaben sich dennoch Nachfragen.

Fest steht, dass die Stadt im Kinderkrippen- und Kindergartenbereich einen zusätzlichen Bedarf von 182 Plätzen hat und im Hortbereich insgesamt 165 Plätze fehlen. Diesen Bedarf und wie er zu decken ist, war ebenso Gegenstand der Diskussion wie das Problem vieler Eltern, einen Kita- oder Hortplatz bestenfalls wohnort- bzw. schulnah zu bekommen.

Vorerst soll durch einen Übergangsbau in der Bauhofstraße und die Reaktivierung der Kita in der Sophienstraße eine kurzfristige Entlastung erreicht werden. Daneben sind weitere Bauprojekte geplant bzw. schon in Umsetzung, die ab dem Sommer bis in das nächste Jahr im Kindergarten- und Krippenbereich bis zu 594 Plätze schaffen werden und im Hortbereich bis zu 330 zusätzliche Plätze. Das ist ein gutes Signal, nicht nur am Vorabend des Kindertages, sondern auch weil es bedeutet, dass Brandenburg an der Havel noch attraktiver für den Zuzug von jungen Familien wird. Und gerade hier müssen wir ansetzen.

Im Wettbewerb der Regionen um Zuzug und Fachkräfte sind insbesondere die früher als „weiche Standortfaktoren“ bezeichneten Rahmenbedingungen in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Brandenburg an der Havel hat eine vielfältige Trägerlandschaft mit ganz unterschiedlichen Angeboten, aber im Moment sind wir der steigenden Nachfrage an Betreuungsplätzen nicht gewachsen.

Wir müssen als Stadt – Verwaltung und Stadtverordnete gemeinsam – nach Wegen suchen, wie wir wieder aktiv auf die Trägerlandschaft einwirken können. Ob es dabei zum Beispiel um die Frage einer zentralen Vergabestelle von Betreuungsplätzen geht wie in Potsdam oder dem Aufbau einer kommunalen Kita, all das wird in den nächsten Wochen und Monaten im Jugendhilfeausschuss federführend zu beraten sein.

Dr. Lieselotte Martius

Therapiehunde bekommen endlich Wertschätzung



Bereits im Juni 2016 haben wir auf die Bitte des Therapiehundevereins in Brandenburg an der Havel einen Antrag zu Änderung der Hundesteuersatzung in die SVV eingebracht. Wir wollten die Verwaltung beauftragen, bis zum 30. September 2016 eine hälftige Befreiung von der Hundesteuer für Therapiehunde in die Satzung aufzunehmen. Seinerzeit schlug uns durch die Verwaltungsspitze Ablehnung entgegen. Der Bürgermeister schrieb uns nach einigem Hin und Her am 14. Oktober 2016: „Es kann daher gegenwärtig nicht empfohlen werden, eine entsprechende Steuerbegünstigung in der Hundesteuersatzung aufzunehmen.“

Gestern nun konnten die Stadtverordneten endlich die Unterstützung für die Therapiehunde beschließen, die sie und ihre Halter verdienen. Und es wird sogar eine komplette Steuerbefreiung gewährt werden, eine Forderung, die wir im

Juni nicht zu stellen gewagt hätten. Aber umso besser für die Ehrenamtler, die mit ihren Vierbeinern bei vielen sozialen Einrichtungen und Trägern weinen wichtigen therapeutischen Beitrag leisten. Was vor einem halben Jahr auf drei engbeschriebenen Seiten von der Verwaltung noch für nicht praktikabel gehalten wurde, wird nun doch Realität. Wir freuen uns über das Ergebnis.

Udo Geiseler

Der Uferwanderweg in Plaue muss offen bleiben!



Anlässlich des Brückenpicknicks vor zwei Wochen wurden die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Kirchmöser-Plaue auf die Entwicklung rund um den Wanderweg entlang des Plauer Sees angesprochen. Die letzte SVV und der Beschlussantrag zu den Wanderwegen hatten einige Verunsicherung verursacht.

Hintergrund war, dass der bislang von der Plauer Brücke am Ufer entlangführende Weg nicht länger als Wanderweg ausgewiesen werden sollte. In der gestrigen SVV hat der Bürgermeister auf eine Anfrage der Grünen nun klar gestellt: Auch zukünftig muss der Uferweg freigehalten werden und die Stadt sieht keinen Grund, an dem Betretungsrecht durch die Bevölkerung Änderungen vorzunehmen. Das heißt, dass die Barrieren, Zäune und Hindernisse entlang des Weges von der Stadt auch zukünftig nicht geduldet werden.

Wir freuen uns über diese klare Aussage und hoffen, dass dem auch bald sichtbare Taten folgen werden. Denn im Moment sind weder der bisherige Uferweg noch der neuen Fischereilehrpfad an das Wanderwegenetz angeschlossen. Sie enden jeweils an Zäunen oder verschlossenen Türen. Beides ist für Touristen wie Einheimische unbefriedigend.

Nicole Näther

Brandenburg bekommt eine vierte Partnerstadt



Die Stadtverordneten beschlossen gestern einstimmig den Abschluss einer Städtepartnerschaft mit der dänischen Kommune Ballerup. Mit seinen fast 50.000 Einwohnern liegt Ballerup im Kopenhagener Umland und vereint mehrere Städte und Gemeinden. Bereits seit 2011 reisen regelmäßig Delegationen aus beiden Städten zu wechselseitigen Besuchen und einem intensiven Austausch vor allem im Bildungsbereich. Wir freuen uns, dass Brandenburg an der Havel mit dem Abschluss dieser Städtepartnerschaft am Haus Europa

weiterhin mit baut. Die bestehenden Partnerschaften nach Kaiserslautern, Ivry-sur-Seine und Magnitogorsk werden so um eine weitere Austauschmöglichkeit ergänzt und können Brandenburg an der Havel mit internationalen Impulsen bereichern. Wir sollten die gestern beschlossene Fassung des Partnerschaftsabkommens auch zum Anlass nehmen, über Intensivierungsmöglichkeiten der bestehenden und der neuen Partnerschaft nachzudenken. Denn nur wenn die Städtepartnerschaft regelmäßig mit Leben gefüllt wird und die Menschen in beiden Städten die Verbindung spüren, werden solche Verbindungen auch fruchtbar.

Wir freuen uns auf die nächste Stadtverordnetenversammlung, wenn Jesper Würtzen zu Besuch in Brandenburg an der Havel sein wird, um in einer feierlichen Zeremonie die Partnerschaftserklärung zu unterzeichnen. Wir haben in der gest-

rigen Stadtverordnetenversammlung sehr gern die Städtepartnerschaft unterstützt und das nicht nur, weil Ballerup neben einem sozialdemokratischen Bürgermeister auch eine sozialdemokratische Mehrheit in der *Kommunalbestyrelsen* (vglb. mit der Stadtverordnetenversammlung) hat.

Carsten Eichmüller

Die Feuerwehr Kirchmöser wird doch saniert



Ich möchte mit zwei Zitaten aus der letzten Stadtverordneten im April beginnen.

Bürgermeister Steffen Scheller: „Ich halte eine Entscheidung (über Planungsmittel für die Sanierung der Feuerwehr in Kirchmöser, C.E) jetzt hier für verfrüht. Eingang in die Prioritätenliste des GLM hat das Projekt noch nicht gefunden.“

Oberbürgermeisterin Dietlind Tiemann: „Der von Herrn Eichmüller geschilderte Zustand ist mir in der Dramatik nicht bekannt. Der dafür zuständige Mitarbeiter hat eine Einschätzung gegeben. Dabei haben sich die Punkte so nicht wiedergefunden. Wenn solche baulichen Mängel vorliegen würden, dann würde auch sofort reagiert.“

Gestern nun lag ein Schreiben auf den Tischen der Stadtverordneten. Anlass war ein Antrag von uns, mit dem wir die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses in Kirchmöser bzw. die Erfassung des Sanierungsbedarfes im zweiten Anlauf auf den Weg bringen wollten. Und ich zitiere aus dem Schreiben:

Steffen Scheller: „Gravierende Mängel an der Gebäudehülle liegen nach Auskunft des Eigenbetriebes nicht vor. Allerdings sind dennoch Instandsetzungen notwendig und auch funktionale Anpassungen sinnvoll. So entsprechen bspw. die vorhandenen Tore nicht den notwendigen Durchfahrtsbreiten. Der Eigenbetrieb hat aktuell bereits einen Planungsauftrag erteilt, um einerseits den IST-Zustand bewerten zu können und andererseits Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.“

Anträge, sind sie auch noch so vernünftig, werden von einer Mehrheit in der SVV nicht nach dem Inhalt, sondern nach dem Antragssteller beurteilt und dann abgelehnt. So geschehen in der letzten SVV. Dass wir mit unseren Anträgen aber dennoch Erfolg haben, weil wir auf Missstände aufmerksam machen, Aktivitäten einfordern und Druck machen, zeigt sich an diesem Beispiel gut. Unser Sanierungsantrag aus dem April wurde noch heruntergeredet und einen Monat später und mit einem weiteren Antrag von uns hat die Stadtverwaltung selbst erkannt, dass das Feuerwehrgerätehaus in Kirchmöser sanierungsbedürftig ist. Natürlich kann man sich über den Umfang der Sanierungsnotwendigkeit streiten, aber dass sie besteht bezweifelt nun nicht einmal mehr die Stadtführung. So mussten wir unseren Antrag gestern nicht einmal beschließen lassen. Schön wenn man mit Beharrlichkeit Erfolg hat.

Wir bleiben an der Sache dran und werden uns auch weiterhin für die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Wehren und der Berufsfeuerwehr einsetzen.

Britta Kornmesser

Kübelbäume in der Bauhofstraße werden zum Politikum



Eine hitzige Diskussion entbrannte um die Frage, ob die derzeit in Kübeln befindlichen Bäume in der Bauhofstraße noch in diesem Jahr ausgepflanzt werden sollen oder nicht.

Zur optischen Aufwertung der Bauhofstraße und in Hinblick auf die BUGA wurde durch die Mehrheit der Stadtverordneten auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion im Januar 2015 beschlossen, dass Pflanzkübel mit Bäumen aufgestellt werden. Auch die SPD-Fraktion hat damals für diesen Antrag gestimmt.

Aufgrund von unterirdischen Leitungen im Bereich der Gehwege und der Straße ist ein Anpflanzen von Bäumen im Erdreich der Bauhofstraße nicht ohne einen grundhaften Ausbau der gesamten Straße einschließlich Gehwege und einem teilweisen Umverlegen von Leitungen möglich. Auf Grundlage des Beschlusses der SVV wurden daher im Frühjahr 2015 Buchen in quadratische Holzkübel gepflanzt, die seit dem links- und rechtsseitig am Straßenrand der Bauhofstraße stehen.

Aufgrund der inzwischen erreichten Größe und den nicht sehr guten Lebensbedingungen der Bäume in den Kübeln, stellte die Fraktion Bündnis90/Grüne -Pro Kirchmöser bereits im letzten Jahr den Antrag, dass die Bäume ausgepflanzt werden. Der Antrag wurde damals mehrheitlich, insbesondere mit den Stimmen der CDU, abgelehnt.

Da die Holzkübel innerhalb kurzer Zeit verwittert waren, haben die Stadtverordneten Hans-Jürgen Arndt und Peter Kaudasch (CDU) im letzten Jahr begonnen einige Kübel mit einem Farbanstrich zu versehen. Da die Aktion leider nur einige Kübel umfasste und bis heute nicht zu Ende geführt wurde, hatte die SPD-Fraktion bei der Stadt als Eigentümer der Kübel Ende April diesen Jahres den Antrag gestellt, die restlichen Pflanzkübel ebenfalls mit einem Farbanstrich versehen zu dürfen.

Auf die Anfrage der SPD-Fraktion teilte die Verwaltung mit, dass es in den nächsten 4 Jahren nach Haushaltslage keinen grundhaften Ausbau oder eine Rekonstruktion der Bauhofstraße geben wird. Demnach werden die Bäume in den Kübeln auch nicht an Ort und Stelle ihren endgültigen Standort bekommen können. Ein weiterer Verbleib der Bäume in den Kübeln für die nächsten Jahre sei fachlich nicht zu empfehlen. Das Wachstum der Bäume, die Haltbarkeit und der zu erwartende Zustand der Kübel lassen seitens der Verwaltung Überlegungen aufkommen, den Bäumen einen dauerhaften Standort im Erdreich zu gönnen. Der zuständige Sachbearbeiter empfahl den Kontakt mit den Stadtverordneten Arndt und Kaudasch zu suchen und gemeinsam nach neuen Pflanzorten zu suchen. Durch Antrag könnte die SVV diesen Vorschlag prüfen und dann mit Beschlussfassung verbindlich für die Verwaltung machen. Aus pflichtgemäßem Handeln heraus würde die Fachverwaltung in diesem Jahr ebenso die Umsetzungsmöglichkeiten prüfen, falls seitens der Stadtverordneten keine eigenständige Beschlusslage herbeigeführt wird. Einen Anstrich der Kübel sollte daher vorerst nicht vorgenommen werden.

Im Mai brachte die Fraktion Bündnis90/Grüne-Pro Kirchmöser nun erneut den Antrag ein, wonach die Verwaltung beauftragt werden sollte, zum Herbst diesen Jahres die Auspflanzung der in der Bauhofstraße stehenden Kübelbäume an einem geeigneten Standort im Stadtgebiet (vorzugsweise im Bereich von Freianlagen öffentlicher Einrichtungen oder Kitas) zu veranlassen.

Leider wurde im Rahmen der Diskussion in der SVV zu diesem Antrag wieder einmal deutlich, dass es einigen Fraktionen nicht um sachliche Inhalte geht, sondern allein entscheidend ist, von welcher Fraktion ein Antrag oder Vorschlag eingebracht wird. Obwohl auch seitens einiger Mitglieder der CDU die Idee bestand, die Bäume noch in diesem Jahr auszupflanzen, wurde der Antrag der Grünen seitens der CDU aus Prinzip geschlossen abgelehnt. Auch die BüfüBü (Freie Wähler) stimmten wie (fast) immer mit der CDU zum Verbleib der Bäume in den Kübeln.

Wir als SPD-Fraktion hoffen, dass die Bäume nicht weiter zu einem Politikum werden, sondern rein fachliche Gesichtspunkte entscheiden, ob es den Bäumen tatsächlich noch länger zuzumuten ist, in den Kübeln zu verbleiben. Auch ist abzuwägen, ob der Unterhaltungsaufwand für die Instandhaltung der Kübel gerechtfertigt ist, da die Bäume unbestritten in absehbarer Zeit sowieso ausgepflanzt werden müssen.

Daher sollte die Verwaltung unabhängig vom politischen Agieren einzelner Fraktionen *auf Grundlage rein fachlicher Gesichtspunkte* von sich aus einen Vorschlag unterbreiten, wie hier verfahren werden sollte - denn die Bäume in den Kübeln können nichts für politische Mehrheitsverhältnisse in unserer Stadt.